



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/41 - 18. Februar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 089 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zu den neuen Saarverhandlungen	S. 1
Verschärfung der Negerfrage in den USA	S. 4
Entscheidungsvoller 20. Februar	S. 7
Erinnerung an 1933	S. 8

Nicht noch eine Rechnung ohne den Wirt !

Von Dr. Karl Mommer, M.d.B.

Am Montag beginnen in Paris die neuen Saarverhandlungen. Für beide Verhandlungspartner ist es am wichtigsten, dass sie sich eingangs erinnern, weshalb sie wieder zusammensitzen müssen. Das, was sie im Herbst 1954 vereinbarten, wurde von der Saarbevölkerung mit 2/3-Mehrheit abgelehnt. Mit Besorgnis und Erstaunen muss man feststellen, dass die beiden Verhandlungspartner in Bonn und Paris aus diesem Grundsachverhalt anscheinend nicht die Lehre ziehen wollen, die sich für jeden Realpolitiker daraus ergeben muss: nicht noch einmal eine Rechnung ohne den Wirt machen !

In den bisherigen Fühlungen zwischen Bonn und Paris ist recht deutlich geworden, dass beide sich bemühen, den Wirt, d.h. die Saarbevölkerung und ihre aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung, möglichst auszuschalten und vor vollendete Verhandlungstatsachen zu stellen. (Auch eine nachträgliche Unterrichtung von Vertretern der saarländischen Regierung über die schriftliche Erwiderung Bonns auf die französische Note ist absolut unzureichend). Dass die französische Regierung die Regierung Dr. Ney so wenig wie möglich beteiligen möchte, ist verständlich. Diese Regierung ist aus dem Freiheitskampf der deutschen Bevölkerung gegen die seitherige französische Saarpolitik hervorgegangen, und Frankreich kann mit Recht in ihr einen härteren Verhandlungspartner vermuten als in Dr. Adenauer, der Frankreich gegenüber nachgiebig wie

Wachs ist. Dass die Bundesregierung aber auf diese französische Taktik eingeht, ist irritierend und fast schon eine halbe Kapitulation.

Hoffmann noch immer im Spiel

Die Beteiligung der Saarregierung an den Verhandlungen ist keine Rechtsfrage. Natürlich ist die Saarregierung gerade für uns kein Völkerrechtssubjekt und deshalb nicht dritter Verhandlungspartner. Ihre Beteiligung ist aber ein elementares politisches Erfordernis. Frankreich hat früher immer versucht, die Regierung Hoffmann zum Verhandlungspartner zu machen. Auch ohne dass ihr dies gelang, hat sie es verstanden, die aus unfreien Wahlen hervorgegangene Satellitenregierung in den Saarverhandlungen als starke Trumpfkarte auszuspielen. Noch heute versucht sie, wie die jetzigen Besprechungen Pineaus mit Hoffmann zeigen, sich dessen Restposition im Saargebiet nutzbar zu machen. Die Bundesregierung dagegen verfügt in der Regierung Dr. Ney über eine nicht polizeistaatlich gezinkte Trumpfkarte. Sie scheint von vornherein darauf verzichten zu wollen, sich des vollen Stichwerts dieser Karte zu bedienen.

Weshalb wir so scharf kritisieren? Die Bundesregierung erhielt am vergangenen Dienstag ein Memorandum der französischen Regierung, in dem die französischen Forderungen für die kommenden Verhandlungen niedergelegt sind. Am Freitag war der Saarbrücker Regierung noch nichts über den Inhalt dieses Memorandums mitgeteilt worden, in dem es um die Lebensinteressen der Saarbevölkerung geht. Man geht kaum fehl in der Vermutung, dass der geschlagene Herr Hoffmann vom Quai d'Orsay früher unterrichtet wird als der Ministerpräsident von der Bonner Regierung. Aus dieser Tatsache, zusammen mit dem, was aus den Gesprächen Adenauers mit Pinay in Rhöndorf, von Brentanos mit Pinay und zuletzt mit Pineau bekannt geworden ist, kann kein anderer Schluss gezogen werden als der, dass die Bundesregierung sich nicht von dem Ressentiment hat freimachen können, das entstanden ist durch den Widerstand der Saarparteien gegen die Bonner Politik, die zum Verlust des Saargebietes geführt hätte.

Die Volksabstimmung steckt den Rahmen ab

Das ist auch deshalb eine unkluge Politik, weil sie die Stelle, bei der tatsächlich ein Vetorecht liegt, nicht von vornherein in die Verhandlungen einschaltet. Natürlich wird man die neuen Vereinbarungen nicht mehr einer Volksabstimmung im Saargebiet unterwerfen. Es führt aber kein Weg an der Zustimmung des Saarlandtages vorbei, der sich am 31. Januar geschlossen für die politische und wirtschaftliche Rückgliederung des Saargebietes nach Deutschland ausgesprochen hat, und dabei auch in Bezug auf die Wirtschaftskonzessionen, die Frankreich gemacht werden können, bestimmte Grenzlinien gezogen hat. Ausserdem ist die Lage in Bonn und in den deutschen Ländern nicht so, dass die Bundesregierung es sich leisten könnte, mit einem Verhandlungsergebnis aus Paris zurückzukommen, das von den Saarparteien abgelehnt würde, die am 23. Oktober die Entscheidungsschlacht für die Wiedervereinigung im Westen gewannen.

Engste Zusammenarbeit mit der Saarbrücker Regierung während der ganzen Dauer der Verhandlungen ist oberstes Gebot. Dadurch ist ein vernünftiges und entgegenkommendes Verhandeln mit Frankreich durchaus nicht bedroht, wenn es die Grundlinie der Bundesregierung und der französischen Regierung geblieben ist - die in den Dezembergesprächen zwischen Pinay und v. Brentano zum Ausdruck kam - das Saargebiet politisch alsbald und wirtschaftlich in festgelegten Etappen in die Bundesrepublik einzugliedern. Die Opposition in Bonn und die Regierung in Saarbrücken bleiben bei ihrer Bereitschaft, französischen Wirtschaftsinteressen entgegenzukommen und keineswegs von Frankreich die bedingungslose Zustimmung zum Wunsche des Saargebietes nach Beitritt zum Grundgesetz zu fordern. Alle Vereinbarungen müssen aber in dem Rahmen liegen, der den Verhandlungen durch die Volksabstimmung vom 23. Oktober gesteckt wurde: Die Saar muss alsbald wieder ein tatsächlicher Teil Deutschlands werden.

Die Rebellion des Süden

O.L., New York, Mitte Februar

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass es in entscheidenden sozialen Auseinandersetzungen nur ein Vorwärts oder Rückwärts, aber keinen Stillstand geben kann, so wird diese alte Erfahrung neuerlich durch die jüngste Entwicklung in der Negerfrage und insbesondere durch den sich verschärfenden Kampf um die Beseitigung der Schultrennung von weissen und schwarzen Kindern bewiesen. Und wenn es eines weiteren Beweises bedurft hätte, dass Gerichtsentscheidungen soziale und wirtschaftliche Machtverhältnisse widerspiegeln und dass diese die Durchführung der aufgestellten Rechtsgrundsätze wieder beeinflussen, so ist dies ebenfalls durch das wechselvolle Schicksal der Entscheidung des Obersten Bundesgerichtshofes über die Verfassungswidrigkeit der Schultrennung erwiesen.

In den Südstaaten Georgia, Mississippi und South Carolina hat der Widerstand der Weissen geradezu die Form einer Rebellion gegen den Obersten Bundesgerichtshof angenommen. In Virginia ist durch eine Volksabstimmung mit mehr als Zweidrittelmehrheit entschieden worden, das öffentliche Schulwesen zu beseitigen, falls die Vereinigung der Schulen für Weisse und Schwarze erzwungen werden sollte. In anderen Staaten bestehen ebenfalls Pläne - von den Landesparlamenten oder von Volksabstimmungen zum Teil gutgeheissene Pläne, die öffentlichen Schulen zu sperren.

Es ist selbstverständlich, dass dieser offene Widerstand gegen eine zweimal gefällte und durch inzwischen erfolgte konkrete Urteile von verschiedenen Bundesgerichten bekräftigte Entscheidung den Willen der Neger bestärkt hat, den Kampf nun zum siegreichen Ende zu führen. Die Neger sind, mit dem Gerichtsurteil, das ihren Forderungen Rechnung trägt, in der Hand, nicht willens, sich mit dem gegenwärtigen Zustand abzufinden. Auf der anderen Seite sehen die politischen Führer der "Weissen Suprematie" ihren Einfluss sehr wesentlich bedroht, wenn sie nun weiter nachgeben. Dazu kommen die irrationalen Vorurteile, die von manchen weissen "Politikern" geschickt missbraucht werden, um die Leidenschaften anzufachen.

Gegen eine einzige Negerstudentin

Wieweit die Rassenhetze geht, zeigt der Fall einer Negerstudentin, die Lehrerin werden will und zu diesem Zweck die Universität von Alabama - eine mit allgemeinen Staatsgeldern erhaltene öffentliche Universität - besuchen will. Sie hat die Zulassung auf Grund des Urteils eines Bundesgerichts erzwungen. Als sie zu ihrer ersten Vorlesung fuhr, wurde von weissem Pöbel gegen sie demonstriert; der Wagen wurde durch Steinwürfe beschädigt, - für die Universität, die sich dem Urteil des Gerichts hatte beugen müssen, ein willkommener Anlass, unzweideutiger Missachtung der Rechtslage, die schwarze Studentin von den Vorlesungen auszuschliessen. Zur Ehre der weissen Studenten der Universität von Alabama muss gesagt werden, dass sie an den Demonstrationen nicht beteiligt waren, sondern, im Gegenteil, gegen die Pöbelherrschaft und gegen ihre eigenen Universitätsbehörden protestierten. Aber zunächst setzte sich der Rassenhass

durch.

Aber es ist selbstverständlich, dass ein Fall wie der in Alabama die Verbitterung unter den Negeren steigert und die Frage aufwirft, was Recht und Gesetz in der amerikanischen Demokratie bedeuten, wenn man sich über das Oberste Gericht des Landes hinwegsetzen kann. Die Neger sind offenbar entschlossen, sich zu wehren. Im selben Staate Alabama hat eine Autobusgesellschaft in Montgomery, entgegen anderen Gerichtsentscheidungen, die schändliche Praxis nicht aufgehoben, nach der Neger in Bussen (und anderen Verkehrsmitteln) nur die rückwärtigen Sitze und die erst einnehmen dürfen, wenn die Weissen Platz gefunden haben. Die Neger traten in einen Boykott und weigerten sich, diese Busse zu benutzen. Die Autobusgesellschaft geriet in grosse finanzielle Schwierigkeiten und musste, da sie sonst bankrott geworden wäre, die Fahrpreise auf das Doppelte erhöhen. Solche und andere Beispiele zeigen den Weissen, dass die Zeiten vorüber sind, in denen sich die Neger ohne Widerstand unterdrücken lassen.

Vor dem Kongress liegt ein Gesetzesvorschlag, der Bundeshilfe für die Erbauung neuer Schulen vorsieht - eine Massnahme, die angesichts der Schulkrise in USA unerlässlich notwendig und sehr dringend ist. Aber wenn der Bund Ländern und Gemeinden Zuschüsse für das Schulwesen gibt - wird er sie auch jenen geben, die die durch den Obersten Bundesgerichtshof ausgelegte Verfassung verletzt und ihr auch weiter zuwiderhandeln wollen? Ein Negerabgeordneter aus New York hat eine Zusatzbestimmung beantragt, die die Schulhilfe den Ländern mit Schultrennung versagt. Würde dieser Antrag vom Abgeordnetenhaus angenommen, dann würden die südlichen Demokraten im Senat das dringend notwendige Gesetz im Senat totreden. Viele sind der Meinung, dass eine solche Bestimmung überflüssig ist und dass der Präsident ohnedies keine Schulhilfe den Ländern geben dürfte, deren Schulwesen die Verfassung verletzt. Das ist eine politische Frage, die ungeachtet des gerichtlichen Charakters des Kampfes um die Schultrennung vom Kongress oder später von der Regierung entschieden werden muss.

Rassenfrage und Präsidentenwahl

Was aber die Negerfrage zu besonderer Bedeutung erhebt, ist die Tatsache der herannahenden Präsidentenwahl. In New York oder Chicago sind die Neger einer der ausschlaggebenden Faktoren. Negerstimmen zu gewinnen ist für die Demokraten, die bisher auf sie rechnen konnten, ebenso wichtig, wie die Südstaaten zu gewinnen - und in diesen sind die Weissen noch immer der beiweitem ausschlaggebende Faktor, da viele Neger kein Wahlrecht haben.

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Stevenson, dessen Freundschaft für die Neger und für die Sache der Gleichberechtigung ausser Zweifel steht, hat zur Mässigung geraten, da eingefleischte Vorurteile nicht von heute auf morgen zu beseitigen sind. Aber die Neger sind damit nicht zufrieden. Andere Kandidaten für die Demokratische Präsidentschaftskandidatur wollen weitergehen, vor allem der New Yorker Gouverneur Harriman, der zu dieser Frage bisher geschwiegen hat, aber nun, da Stevenson in Schwierigkeiten geraten ist, einen politischen Vorteil gewinnen möchte. Die Republikaner werden versuchen, unzweifelhafte Fortschritte, die in der Rassenfrage trotz allem in den letzten Jahren in beschleunigtem Tempo gemacht wurden, auf ihr politisches Konto zu buchen. Die Negerfrage lässt sich nicht aus der politischen Arena - 6

verscheuchen. Und das ist gut so. Denn nur indem die Neger in immer grösserer Zahl und mit immer stärkerer Zielklarheit von ihren politischen Rechten Gebrauch machen, können sie zu vollberechtigten Bürgern werden. Der Rückschlag und die Verschärfung in der Negerfrage zeigen nur, dass der Weg zu einer Lösung dieses Problems nicht mehr lange aufgeschoben werden kann.

+ + +

SPD-Sprecher im Rundfunk anlässlich der Landtagswahl in Baden-Württemberg

Im Süddeutschen Rundfunk:

20. Februar 1956

von 19.00 - 19.05

Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit

22. Februar 1956

von 19.54 - 19.59

Kurt Angermann, MdL

24. Februar 1956

von 19.54 - 19.59

Willi Lausen, MdL

28. Februar 1956

von 19.00 - 19.05

Dr. Alex Möller, MdL

1. März 1956

von 19.00 - 19.15

SPD zur Wahl

2. März 1956

von 19.00 - 19.30

Fernseh-Interview mit allen Parteien
für die SPD: Dr. Alex Möller

Im Südwestfunk:

21. Februar 1956

I. Programm v. 18.15 - 18.20 Uhr)

II. " v. 19.05 - 19.10 Uhr)

Josef Matt, MdL

23. Februar 1956

I. Programm v. 18.10 - 18.15 Uhr)

II. " v. 19.00 - 19.05 Uhr)

Oskar Kalbfell, MdL

27. Februar 1956

I. Programm v. 18.10 - 18.15 Uhr)

II. " v. 19.00 - 19.05 Uhr)

Viktor Renner

1. März 1956

I. Programm v. 18.10 - 18.20 Uhr)

II. " v. 19.00 - 19.10 Uhr)

Dr. Alex Möller, MdL

+ + +

Die Welt blickt nach Düsseldorf

sp. Wenn die 200 Abgeordneten des Landtages von Nordrhein-Westfalen in den Mittagsstunden des 20. Februar ihre Ja- oder Neinstimmen in die wohl abgeschirmten Urnen werfen, werden einige von ihnen bittere Stunden der Versuchung hinter sich haben. Seit der Debatte über den Misstrauensantrag gegen Arnold sahen sie sich wie wohl noch nie im Leben einer verwirrenden Vielfalt von Lockungen und Drohungen, von Existenzgefährdung und lohnenden Angeboten ausgesetzt. In letzter Stunde an sie gerichtete "vaterländische Appelle" von hohen und allerhöchsten Bonner Stellen sollten ihr rebellierendes Gewissen beruhigen. Alle Mittel der Überredung, aber auch des Druckes wurden in die Schlacht geworfen. Nur zu gut weiss die CDU, dass der Sturz Arnolds ein gegen sie gerichteter Schlag ist, dessen weittragende Wirkungen sichtbare Spuren in der innerpolitischen Entwicklung hinterlassen werden.

Nun stellt die über die Düsseldorfer Vorgänge zutiefst aufgewühlte Kanzlerpartei die Dinge so dar, als ob mit einem Wechsel auf dem Ministerpräsidentenstuhl in Nordrhein-Westfalen die Premiere einer gefährlichen Tragödie für die deutsche Demokratie erfolgte. So die "Politisch-Soziale-Korrespondenz", so der "Rheinische Merkur", Stimmen also, die das Echo von Palais Schaumburg wiedergeben. Darin liegt eine Diskriminierung demokratischer Kräfte geradezu ungeheuerlichen Ausmasses. Die Stabilität der deutschen Demokratie ist nicht an den Monopolianspruch der grössten Regierungspartei gebunden, im Gegenteil, aus dem Bestreben der CDU, ihr Schicksal mit dem des deutschen Volkes zu identifizieren, spricht ein Hochmut, gegen den zur Wehr zu setzen sich alle um die innere Einheit unseres Volkes bemühenden Kräfte sich verpflichtet fühlen.

Es ist ein verwerfliches und auch gefährliches Spiel, wenn die CDU das Zusammengehen von FDP und SPD im grössten Land der Bundesrepublik als Vorstufe zur Neutralisierung Deutschlands oder gar als seine Anlehnung an das sowjetische Imperium bezeichnet, wie es in der "Politisch-Sozialen-Korrespondenz" geschah. Gerade diese Unverfrorenheit, jede Abweichung von der als unantastbar gehaltenen aussenpolitischen Linie des Kanzlers als Hilfsstellung für den Bolschewismus zu diskreditieren, hat zu dem Sturm beigetragen, der sich in Düsseldorf entlud. Das ist McCarthyismus in Reinkultur, für unser Volk umso verderblicher,

18. 2. 1956

als damit untergründige Strömungen angesprochen werden, deren Zutagetreten kaum heilbare Klüfte aufreissen muss.

Es wird eine knappe Entscheidung in Düsseldorf geben. Aber wie immer sie auch ausfallen mag, der politische und moralische Verlierer wird die CDU sein. In ihrem Bestreben, die gefährdete Düsseldorfer Position zu halten, hat sie einen Geist offenbart, der all die Anklagen noch mehr bekräftigt, die gegen sie im Landtag von Nordrhein-Westfalen erhoben wurden.

+ + +

Abgeblasener Massenmord

Der sozialdemokratische Abgeordnete im Bayerischen Landtag Josef Kiene erhielt kürzlich folgenden Brief, den wir hier wegen seines historisch-dokumentarischen Wertes im Wortlaut wiedergeben:

"Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

die Gründung der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger verfolgter Sozialdemokraten erinnert mich an ein Erlebnis, über das ich seltsamerweise niemals eine Zeile gelesen habe und um dessen Verbreitung ich Sie bitten möchte:

1935 erzählte mir der stellvertretende Leiter des Reichsamtes "Schönheit der Arbeit" in Berlin, Dipl.-Ing. Kretschmer (Leiter war Albert Speer), dass er als SS-Mann 1933 eine Bombe in die Hand gedrückt bekam mit dem Auftrag, auf ein Zeichen hin einen sozialdemokratischen Abgeordneten des Reichstages zu ermorden. Da er aus einer bürgerlichen Familie stamme, so fügte Kretschmer hinzu, sei es ihm schon nicht einerlei gewesen, eine Bombe in der Hand zu wissen; aber Befehl ist schliesslich Befehl. Alle Abgeordneten der SPD hätten auf ein Kommando umgelegt werden sollen.

Er sei heilfroh gewesen, als das Ganze sodann abgelesen wurde.

Ich verbürge mich für die gewissenhafte Wiedergabe unter Eid.

Tutzing am Würmsee
4. Febr. 1956

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Friedrich H. Heiss
Regierungsbaumeister

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau